

Medienmitteilung vom 27. Februar 2014

Stopp-Fracking: In drei Monaten 10'000 Unterschriften gesammelt – ein grosser Sammelerfolg

Nach der Hälfte der Sammelfrist wurden für die im November lancierte Initiative "Keine Vergiftung unserer Böden durch Erdgasförderung" bereits 10'000 Unterschriften gesammelt. Das zeigt auf, dass die Bevölkerung der umweltschädigenden Gasfördermethode klar ablehnend gegenüber steht.

Seit November sammeln die Grünen Kanton Bern und unterstützende Organisationen Unterschriften für die Initiative "Keine Vergiftung unserer Böden durch Erdgasförderung" – und das mit grossem Echo aus der Bevölkerung. Die Stopp-Fracking-Initiative fordert ein kantonales Verbot für die Gewinnung und Förderung von Kohlenwasserstoffen aus nichtkonventionellen Lagerstätten. Damit sollen die negativen Folgen des Frackings und die Verzögerung der Energiewende verhindert werden.

Die Unterschriftensammlung für die Stopp-Fracking-Initiative erweist sich als ein grosser Erfolg: In drei Monate, der Hälfte der Sammelfrist, konnten trotz festtagsbedingter Pausen bereits 10'000 Unterschriften gesammelt werden. Das sehr positive Echo bei den Unterschriftensammlungen zeigt, dass Fracking breiten Bevölkerungskreisen über die Parteigrenzen hinweg Sorge bereitet. Neben Pro Natura Bern und der EVP Kanton Bern haben seit der Lancierung auch WWF Bern und die Regionalgruppe von Greenpeace den Grünen ihre Unterstützung zugesichert.

Die Stopp-Fracking-Initiative zeigt auch bereits erste politische Wirkung. Nachdem der Regierungsrat ein Fracking-Verbot vor rund einem Jahr noch ablehnte, empfiehlt er dem Grosse Rat nun eine Motion der Grünen, der SP und der EVP zur Annahme, die ein explizites Verbot von Fracking verlangt. Bis zur effektiven Verankerung eines gesetzlichen oder verfassungsmässigen Fracking-Verbots ist es allerdings noch ein weiter Weg, da nicht nur der Grosse Rat dem Vorstoss zustimmen muss, sondern anschliessend auch die nötige Änderung des Gesetzes vorgenommen werden muss. Für die Grünen gilt es deshalb, den durch die Initiative erzeugten Druck hochzuhalten und die Unterschriftensammlung rasch abzuschliessen. Die aktuelle Medienberichterstattung zeigt, dass die Erdöl- und Erdgaslobby den Boden bereitet, um die Akzeptanz der umstrittenen und umweltschädigenden Fördermethode zu verbessern, und dass sie Fracking-Projekte im Kanton Bern nicht ausschliesst. Ein Zuwarten bis zur nächsten Revision des Bergregalgesetzes ist für die Grünen darum keine genügende Absicherung gegen die umweltschädliche Fördermethode Fracking.

Für weitere Auskünfte:

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern, 079 379 16 53